

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 19 K-LTGO

An den
Kärntner Landtag
Landhaushof
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 09.12.2022

Betreff: **Schutzschirm für Pflegeheime und
Behinderteneinrichtungen**

Antragsteller: KO Mag. Darmann, LAbg. Mag. Dieringer-Granza, LAbg.
Staudacher, LAbg. Linder

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung, insbesondere Sozialreferentin LH-Stv. Beate Prettnner wird aufgefordert, einen Schutzschirm für Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen zu schaffen, indem sie ihre bisherige monatelange Hinhaltenpolitik aufgibt, die Entgelte für diese Sozialbetriebe endlich gemäß der Inflation und den Lohnabschlüssen anpasst und ihnen zusätzlich einen finanziellen Ausgleich für deren explodierende Kosten für Strom, Heizen und Lebensmittel gewährt.

BEGRÜNDUNG

Alle Kärntner Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen leiden massiv unter den explodierenden Energiekosten. Ihre Möglichkeiten zum Energiesparen sind zudem begrenzt. Es geht um vulnerable Personen, alte Menschen, die sich schneller erkälten, die gesundheitlich angeschlagen sind. Das ist nicht vergleichbar mit Privathaushalten.

Die Kärntner Landesregierung zeigt bisher nicht die geringste Bereitschaft, den Einrichtungen zu helfen. Es gibt keinen Ausgleich für die in diesem Jahr aufgrund der Inflation entstandenen Mehrkosten für Strom, Heizung und Lebensmittel, die für die Einrichtungen bis zu 200.000 € ausmachen.

Die finanzielle Notlage der Sozialbetriebe wird zusätzlich durch die monatelange Hinhaltenaktik der Landesregierung verschärft. Seit Wochen und Monaten wird über die Anpassung der Entgelte gemäß der Inflation und den Lohnabschlüssen verhandelt, ohne dass es bis 1. Dezember 2022 ein Ergebnis gab.

Die Kärntner Sozialhilfeverbände können daher kein Budget für das kommende Jahr erstellen, weil die zuständige Referentin sie im Unklaren lässt, wie hoch der monatliche Sockelbetrag in den Pflegeheimen sein wird.

Es findet im Sozialwesen in Kärnten ein unwürdiges Schauspiel statt. Bei den Anbietern der wichtigen sozialen Leistungen machen sich aufgrund der massiv gestiegenen Preise für Strom, Existenzängste breit. Seit Monaten pilgern sie in die Landesregierung, um kostendeckende Entgelte zu erhalten und werden ebenso lange vertröstet.